



HANDREICHUNG

NÄCHSTENLIEBE VERLANGT KLARHEIT

Evangelische Kirche gegen
Rechtsextremismus

Bausteine und Materialien für die Arbeit
in der Gemeinde

EVANGELISCHE KIRCHE IN MITTELDEUTSCHLAND



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
... und deinen Nächsten wie dich selbst	
Landesbischöfin Ilse Junkermann	3
Wegschauen und schweigen gilt nicht!	
Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus engagieren muss	
Michael Haspel	6
Beschluss der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November 2012 zum Rechtsextremismus	9
Unwiderrprochen?	
Anregungen für die argumentative Auseinandersetzung mit rechten Stammtischparolen	
Christian Rühl	10
Die Mitte im Umbruch	
Entwurf einer Gesprächs- und Diskussionsrunde zur Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung	
Gila Zirfas-Krauel und Jürgen Wollmann	14
Die NPD vor der Kirchentür ...	
Ein Rollenspiel	
Christian Liebchen	22
Anregungen für Engagement gegen Rechtsextremismus	
Christian Rühl	26
Was können Kirchengemeinden im Engagement gegen Rechtsextremismus tun?	
Dorothea Söllig	27
Wir nerven, so lange es Not tut	
Möglichkeiten und Spielräume des Widerstandes gegen rechtsextreme Veranstaltungen am Beispiel Gera	
Michael Kleim	29
Kurzer Leitfaden für Gemeinden zur Reaktion auf rechtsextreme Ereignisse	
Christian Liebchen und David Begrich	32
Was tun nach rechten und rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen?	
Jürgen Wollmann und EKM-Pressestelle	34

Vorwort

Liebe Schwestern und Brüder!

„Nächstenliebe verlangt Klarheit“ – bei Demonstrationen, Protestaktionen und Friedensgebeten ist dieses Motto immer häufiger zu sehen und wir zeigen damit, dass wir uns als Kirche gegen Rechtsextremismus stellen.

Organisierte rechtsextreme Übergriffe und Aktivitäten, aber auch alltägliche Fremdenfeindlichkeit, haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Städte und ländliche Regionen sind gleichermaßen davon betroffen. So finden im Eichsfeld, in Gera, in Kahla, in Berga, in Meiningen, in Nienhagen, in Magdeburg, in Halle und andernorts regelmäßig rechte Rockkonzerte, Kameradschaftstreffen und Aufmärsche statt, bei denen zu Hass und Gewalt aufgerufen wird.

Immer wieder werden Menschen zu Opfern von rechter Gewalt und Einschüchterung. Hierzu dürfen wir als Christinnen und Christen nicht schweigen. Daher ist es erfreulich, dass sich in den letzten Jahren immer mehr Kirchengemeinden auf den Weg gemacht haben, um sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und Position zu beziehen. Sie beteiligen sich an Runden Tischen und Aktionsbündnissen. Sie demonstrieren gegen rechte Aufmärsche und zeigen mit verschiedenen kreativen Aktionen, dass die Welt nicht braun, sondern bunt ist. Andere greifen Themen wie „Fremdenfeindlichkeit“, „Rassismus“ oder „Antisemitismus“ in Gesprächsrunden, Diskussionsforen oder in der Konfirmanden- und Jugendarbeit auf, um auf diese Weise für Toleranz und Mitmenschlichkeit

zu werben, denn Rechtes Gedankengut macht auch vor Kirchentüren nicht halt.

„Nächstenliebe verlangt Klarheit“ und sie braucht Mut und Zusammenhalt. Daher ermuntern wir jede und jeden: Schauen Sie nicht weg, wenn Sie in Ihrer Umgebung rechtsextreme Aktivitäten wahrnehmen. Widersprechen Sie menschenverachtenden Parolen. Werden Sie aktiv – am besten gemeinsam mit anderen!

Um kirchliche Gruppen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus zu unterstützen, hat die „AG Kirche und Rechtsextremismus der EKM“ die „Handreichung Rechtsextremismus“ überarbeitet und neu aufgelegt. Gemeindegremien möchten wir ermuntern, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Um darüber hinaus aktuelle Informationen zu erhalten, können Sie auch unseren Newsletter „Demokratiebildung“ unter: www.evangelischejugend.de/formnewsletter beziehen.

Wir hoffen, dass Ihnen unsere Arbeitshilfe genügend Material und Ideen bietet, um das Thema in Ihrer Kirchengemeinde zu diskutieren, denn: „Nächstenliebe verlangt Klarheit“.



Martina Klein
Oberkirchenrätin,
Dezernentin im Dezernat Bildung
Erfurt, 2. September 2013

... und deinen Nächsten wie dich selbst

Andacht für Gemeindegruppen

Landesbischöfin Ilse Junkermann

Glockengeläut

Begrüßung: Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.
Amen

Herzlich willkommen zu dieser Andacht, die wir im Angesicht des Gekreuzigten feiern. Er mahnt uns zur Achtsamkeit vor Unrecht, vor Menschenhass, vor Gewalt. Unter sein Kreuz stellen wir uns. Möge er uns geleiten zum Tun des Gerechten, zu Nächstenliebe und zu Friedfertigkeit.

Lied: Gib Frieden, Herr, gib Frieden
(EG 430, 1–4)

Psalm 43, abschließend mit:
Ehr sei dem Vater und dem Sohn und dem Heiligen Geist
wie im Anfang, so auch jetzt und allezeit und in Ewigkeit. Amen

Lied: Mache dich auf und werde Licht
(EG 539)

Gedanken zur Schrift

*Der barmherzige Samariter
(Lukas 10,25-37)*

Und siehe, da stand ein Schriftgelehrter auf, versuchte ihn und sprach: Meister, was muss ich tun, dass ich das ewige Leben ererbe? Er aber sprach zu ihm: Was steht im Gesetz geschrieben? Was liest du? Er antwortete und sprach: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Er aber sprach zu ihm: Du hast recht geantwortet; tu das, so wirst du leben.

Er aber wollte sich selbst rechtfertigen und sprach zu Jesus: Wer ist denn mein Nächster? Da antwortete Jesus und sprach: Es war ein Mensch, der ging von Jerusalem hinab nach Jericho und fiel unter die Räuber; die zogen ihn aus und schlugen ihn und machten sich davon und ließen ihn halb tot liegen. Es traf sich aber, dass ein Priester dieselbe Straße hinabzog; und als er ihn sah, ging er vorüber. Desgleichen auch ein Levit: Als er zu der Stelle kam und ihn sah, ging er vorüber. Ein Samariter aber, der auf der Reise war, kam dahin; und als er ihn sah, jammerte er ihn; und er ging zu ihm, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie ihm, hob ihn auf sein Tier und brachte ihn in eine Herberge und pflegte ihn. Am nächsten Tag zog er zwei Silbergroschen heraus, gab sie dem Wirt und sprach: Pflege ihn; und wenn du mehr aus gibst, will ich dir's bezahlen, wenn ich wiederkomme.

Wer von diesen dreien, meinst du, ist der Nächste gewesen dem, der unter die Räuber gefallen war? Er sprach: Der die Barmherzigkeit an ihm tat. Da sprach Jesus zu ihm: So geh hin und tu desgleichen!

Nächstenliebe verlangt Klarheit – in der von Jesus erzählten Beispielgeschichte handelt es sich ganz klar um einen Nächsten.

Der Samariter sieht klar, was zu tun ist, nämlich dem Überfallenen zu helfen. Er stellt sich nicht infrage, ob er helfen wird. Er tut es. Das gebietet ihm sein Gewissen. In dem Moment, in dem er den Weg entlangkommt und den unter die Räuber gekommenen am Wegesrand sieht, weiß er, was zu tun ist. Er hat einen wachen Blick für die Situation. Mit klarem Verstand trifft er eine schnelle und dem anderen helfende Entscheidung: Er versorgt zunächst einmal die Wunden und bringt ihn dann in eine Herberge.

Er organisiert die Versorgung, er gibt Verantwortung ab an andere, ohne sich selbst aus der Verantwortung zu stellen. Er kann sich zwar nur eine Zeit lang selbst um das Opfer des räuberischen Überfalls kümmern, aber er sorgt dafür, dass der Mann weitere Hilfe bekommt. Das ist für den anderen nötig, und so ist es ihm, dem Samariter, in diesem Moment möglich. Der Letztverantwortung entzieht er sich nicht, denn: „Pflege ihn; und wenn du mehr aus gibst, will ich dir's bezahlen, wenn ich wiederkomme.“

Die Tat des Samariters am Überfallenen ist vielleicht die bekannteste Antwort der Bibel auf die Frage, was Nächstenliebe denn sei. Und obwohl diese Geschichte schon fast 2000 Jahre alt ist und immer und immer wieder erzählt und weitergegeben wurde und wird, sind wir noch lange nicht in einer Gesellschaft angekommen, in der die Liebe zum Nächsten, Beistand in der Not, Zivilcourage Selbstverständlichkeiten sind.

Da wird ein Obdachloser zusammengeschlagen, weil sein Anblick die Ungeister der „sauberen Gesellschaft“ stört. Da wird nachgetreten, wenn einer wehrlos auf dem Boden liegt.

Jesus hat uns ins Stammbuch geschrieben, denen beizustehen, die am Rand stehen. Wie der Rand auch immer aussehen mag. Sei es der Rand, der durch unterschiedliche Hautfarbe markiert ist, durch eine andere Religion, durch andere Kleidung, durch andere Sprache ... Wodurch auch immer sich Menschen von Menschen an den Rand gedrängt fühlen oder sich selbst aus Scham an den Rand stellen.

Der Samariter gehörte einer anderen Glaubensgemeinschaft an. Gerade ihn nimmt Jesus als Beispiel, um deutlich zu machen, worauf es Gott ankommt: nicht auf die Herkunft oder die Kirchenmitgliedschaft, vielmehr darauf, ob ein anderer Mensch, der Hilfe und Unterstützung braucht, mir zu meinem Nächsten wird. Wer im Fremden den Nächsten sieht, ist Vorbild, ob Muslim, Christin oder Atheist. Wer sich diese Haltung zu eigen macht, erfüllt Gottes Gebot: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst.“

Egal wer uns begegnet, er und sie kann unser Nächster werden, der oder die unsere Zuwendung braucht. Das müssen wir uns vielleicht immer mal wieder selbst klarmachen, und vor allem müssen wir es in der Welt immer wieder bezeugen.

Nächstenliebe wurzelt im christlichen Menschenbild: Ich sehe den anderen neben mir als ein Kind Gottes an, mir gleich. Ich habe keine Vorurteile gegenüber anderen Kulturen, Hautfarben, Sprachen, Traditionen, denn im anderen schaut Gott mir in der Fülle seiner Schöpfung selbst in mein Angesicht. Deswegen zolle ich dem anderen meine Anerkennung und meinen Respekt. Deshalb stehen wir gegen den Rechtsextremismus, der im Fremden das Eigene nicht sehen kann.

Nächstenliebe verlangt Klarheit – möge es so sein, dass wir nicht nur davon reden, sondern auch danach handeln. Möge es uns miteinander in unseren Gemeinden und darüber hinaus gelingen, gegen den Hass und die Gewalt tätig zu werden. Unsere Nächsten zu lieben – wo immer Gott sie uns vor die Füße legt, wo immer Gott sie uns in den Weg stellt.

Lied: Gib uns Frieden jeden Tag
(EG 425, 1–3)

Fürbittgebet (pro Bitte kann eine Kerze entzündet werden):

Wir bitten

- um Frieden unter den Friedlosen
- um Liebe unter den Lieblosen
- um Gnade unter den Gnadenlosen
- um Nähe unter denen, die sich in Feindschaft gegenüberstehen
- um Achtung unter den Achtlosen
- für uns, dass wir in den Geboten des Herrn wandeln und im Nächsten immer ein Geschöpf Gottes erkennen.

Vaterunser und Segen

Wegschauen und schweigen gilt nicht!

Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus engagieren muss

Michael Haspel

Dass der christliche Glaube mit rechtsextremen Ideologien nicht vereinbar ist, werden die meisten bejahen. Aber warum soll sich die Kirche auch in der Gesellschaft, gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und dem Staat, aktiv gegen den Rechtsextremismus engagieren?

Wesentliche Elemente rechtsextremen Gedankenguts sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Orientierung an autoritären Strukturen, Demokratie und Pluralitätsabwertung, Bestreiten von Gleichheit etc. Im Folgenden möchte ich zeigen, dass diese Aspekte rechtsextremen Denkens mit der Grundorientierung des christlichen Glaubens unvereinbar sind und die Kirche zum Widerspruch und Widerstand aufgefordert ist.

1. Gottebenbildlichkeit und Menschenwürde

In der Schöpfungserzählung am Beginn des biblischen Zeugnisses wird überliefert, dass Gott die Menschen, alle Menschen, als Bild seiner selbst erschafft: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib“ (1. Mos. 1,27). Alle Menschen sind also nicht nur Gottes Geschöpfe, sondern seine Ebenbilder. Dadurch ist die besondere Beziehung Gottes zu den Menschen zum Ausdruck gebracht. Er setzt sich zu den Menschen in Beziehung. Sie sind von Gott gewollt. Sie sind nicht einfach zufällig da, sondern stehen von Anfang an

in einer kommunikativen Beziehung, die Geschichte und Lebensgeschichte eröffnet und begleitet. Deshalb ist in der Gottebenbildlichkeit nach christlichem Verständnis die Würde aller Menschen angelegt. Bei rechtsextremen Einstellungen und Ideologien spielt die Ungleichheit von Menschen auf Grund ihrer Abstammung und Kultur eine große Rolle. Dies ist mit der Lehre von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen nicht vereinbar.

2. Die Kirche Jesu Christi ist multikulturell

Schon Paulus hat theologisch geklärt, dass die gute Nachricht von der Gerechtersprechung der Sünderinnen und Sünder durch den Glauben an Jesus, den Christus, allen Menschen gilt: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Knecht noch Freier, hier ist nicht Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Gal. 3,28). Die christliche Kirche ist deshalb offen für alle Menschen, egal welcher Abstammung sie sind, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Stellung usw. Die christliche Kirche war von Anfang an multikulturell. Das Evangelium hat eine universale Tendenz: Auch in dieser Perspektive wird deutlich, dass das biblische Zeugnis im Gegensatz zu rassistischen und sexistischen Inhalten rechtsextremer Überzeugungen steht.

3. Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden

Der ursprüngliche Bund Gottes galt seinem erwählten Volk Israel, dem er sich offenbart hat. Nach christlichem Verständnis hat Gott diesen Bund durch die Offenbarung in Jesus Christus für alle Menschen geöffnet, die an ihn glauben. Der ursprüngliche Bund bleibt aber in seiner Besonderheit erhalten: „Wenn aber nun etliche von den Zweigen ausgebrochen sind und du, der du ein wilder Ölbaum warst, bist unter sie gepfropft und teilhaftig geworden der Wurzel und des Saftes im Ölbaum, so rühme dich nicht wider die Zweige. Rühmst du dich aber wider sie, so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel trägt dich“ (Röm. 11,17f). Deshalb sind Christinnen und Christen dem Volk Israel in besonderer Weise verbunden. Jesus und die Glieder der Urgemeinde waren Juden. Deshalb ist jede Form des Antisemitismus vom biblischen Zeugnis und christlichen Glauben her abzulehnen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es auch im Christentum verhängnisvolle Formen des Antijudaismus gab und gibt. Gerade deshalb wird sich die Evangelische Kirche gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft wenden.

4. Demokratische Kultur gehört zur neuzeitlichen Gestalt des Protestantismus

In Entsprechung zu diesem Verständnis der Gleichheit aller hat sich mit der Zeit in den evangelischen Kirchen die Überzeugung herausgebildet, dass die angemessene Form der Kirchenleitung nur geschwisterlich sein kann. In einer Kirche, in der alle von gleichem Wert und gleicher Würde sind, auch wenn sie unterschiedliche Funktionen ausüben, geschieht die Kirchenleitung in presbyterial-synodaler Weise. Immer wieder sind von den de-

mokratischen Strukturen und der demokratischen Kultur evangelischer Kirchen – wie unvollkommen sie auch gewesen sein mögen – Anstöße zur Demokratisierung von Gesellschaften ausgegangen. Deshalb bejaht die Evangelische Kirche den demokratischen Rechtsstaat. Dies widerspricht den demokratiefeindlichen Positionen rechtsextremer Ideologie und deren Bejahung einer autoritären oder diktatorischen Regierung durch einen „starken Mann“.

5. Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“

Wohl auf Grund der eigenen Erfahrungen in Exilsituationen (Ägypten, Babylon) haben sich in der Rechtsordnung Israels besondere Formen des Schutzes von Ausländern entwickelt: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2. Mos. 22,20). Die so genannten „Fremdlinge“ wurden den Einheimischen gleichgestellt. Beachtenswert ist dabei, dass diese Regelungen in die Rechtssammlungen des AT aufgenommen wurden, ihnen also eine besondere Form der Verbindlichkeit und Bedeutung gegeben wurde: „Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein, für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mos. 24,22). Die christlichen Kirchen engagieren sich in der Gesellschaft deshalb dafür, dass dies Teil der staatlichen Rechtsordnung wird und bleibt.

6. Orientierung auf Gerechtigkeit und Frieden

Der Prophet Jesaja entwirft eine große Friedensvision, die er an die Erwartung eines kommenden Messias anbindet: „Gerechtigkeit wir der Gurt seiner Lenden sein und die Treue der Gurt seiner Hüften. Da werden die Wölfe bei den Lämmern

wohnen und die Panther bei den Böcken lagern. Ein kleiner Knabe wird Kälber und junge Löwen und Mastvieh miteinander treiben. Kühe und Bären werden zusammen weiden, dass ihre Jungen beieinander liegen, und Löwen werden Stroh fressen wie Rinder. Und ein Säugling wird spielen am Loch der Otter, und ein entwöhntes Kind wird seine Hand stecken in die Höhle der Natter“ (Jes. 11,5-8). Mit gewaltlosen Mitteln Frieden und Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen und weltweit zu schaffen, ist eine Grundorientierung des biblischen Zeugnisses, das durch die verschiedenen Formen der Überlieferung hindurch zunehmend deutlich wird. Dies widerspricht einer Propagierung des Rechts des vermeintlich Stärkeren, wie es in rechtsextremen Weltbildern zu finden ist.

7. Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus gehört zur Weltverantwortung der Kirche

Die Bezeugung des Evangeliums ist konstitutiv öffentlich (*publice docere*, CA XIV). Dies gilt sowohl für den Zuspruch des Evangeliums als auch für den Anspruch, der sich daraus für die Lebensführung der Christinnen und Christen und ihre Mitgestaltung des Gemeinwesens, in dem sie leben, ergibt. Wolfgang Huber spricht davon, dass sich der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche aus dem Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums ergibt. Die Weltverantwortung gehört zum Evangelium ursprünglich dazu, sie kommt nicht erst hinzu. In diesem Sinne werden sich nicht nur evangelische Christinnen und Christen, sondern die Gemeinden und Kirchen gegen Rechtsextremismus engagieren. Zum einen weil sie zu unmittelbarer Hilfe herausgefordert werden, wenn Menschen von Rechtsextremen in ihrem Leben beeinträchtigt werden – und das fängt nicht erst bei der Androhung

und Anwendung von Gewalt an. Zum anderen müssen sie sich gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus wehren, weil er fundamental den christlichen Grundüberzeugungen und Maßstäben widerspricht. Drittens werden die Kirchen im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrags die demokratische und plurale Kultur und Institutionenordnung unseres Landes stärken, die Grundlage unseres Gemeinwesens ist, gemäß dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.“ (Jer. 29,7)

Die ausführlichere Langfassung findet sich unter: www.ekmd.de/aktuellpresse/projekteaktionen/16836.html

Beschluss der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November 2012 zum Rechtsextremismus

„Die Existenz rassistischer, extremistischer und gefährlicher rechtspopulistischer Einstellungen in unserer Gesellschaft erfüllt uns als Christinnen und Christen mit großer Sorge. Ausländerfeindliche, antisemitische und antiislamische Ideologien richten sich gegen die unantastbare Würde eines jeden Menschen. Wir sind überzeugt, dass jeder Mensch Gottes Ebenbild ist und dass die Vielfalt an Kulturen und Lebensentwürfen unser Miteinander reich macht (1. Mose 1,27). Als Kirche stehen wir für eine offene und demokratische Gesellschaft, die Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und kultureller Herkunft willkommen heißt. Christliche Nächstenliebe verlangt, mit Klarheit gegen rechtsextreme Haltungen jeder Art einzutreten („Nächstenliebe verlangt Klarheit“, Erklärung des Rates der EKD zur aktuellen Debatte um Rechtsextremismus in Deutschland vom 8. Mai 2012).

Die Synode der EKD ruft alle Christinnen und Christen und alle engagierten Bürgerinnen und Bürger auf, für ein menschliches Miteinander in unserer Gesellschaft einzutreten und sich mutig an die Seite von Verfolgten, Unterdrückten und Angegriffenen zu stellen.

Inzwischen zeigt sich nämlich rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt wieder auf offener Straße. Wenn sie von Staat und Behörden nicht konsequent verfolgt wird, fühlen sich Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert und verunsichert und Minderheiten werden ausgegrenzt. Eine wehrhafte Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft.

Dabei ist uns schmerzlich bewusst: Rechtsextremes, antidemokratisches und

menschenfeindliches Gedankengut gibt es auch im Raum der Kirche. Die Synode begrüßt deshalb alle Schritte, die durch Gemeindeberatung und Bildungsveranstaltungen, aber auch durch Leitlinien für Kirchenvorstände und andere Leitungsgremien zu einer offenen und demokratischen Kultur auch innerhalb der Kirche beitragen. Seit Jahren engagieren sich Christinnen und Christen in Initiativen und Projekten für eine vitale Demokratie – gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Seit über zwei Jahren vereint die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) landeskirchliche Arbeitsgemeinschaften, Initiativen und Organisationen. Sie setzt mit ihren Veröffentlichungen und Konferenzen wichtige Akzente.

Die Synode bittet den Rat der EKD, vorhandene und geplante Erhebungen zu sichten und auszuwerten und gegebenenfalls eine weitere Untersuchung in Auftrag zu geben. Das soll dazu dienen, biographische Ursachen und gesellschaftliche Kontexte solchen Gedankenguts besser verstehen, die Probleme genauer beschreiben und geeignete Konzepte und Präventionsmaßnahmen für alle Bereiche kirchlichen Lebens erarbeiten zu können. Die Synode bittet den Rat der EKD, die Bundesarbeitsgemeinschaft „Kirche und Rechtsextremismus“ in das Verfahren einzubeziehen. Der Synode soll wieder berichtet werden.“

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Katrin Göring-Eckardt

Unwidersprochen?

Anregungen für die argumentative Auseinandersetzung mit rechten Stammtischparolen

Christian Rühl

Vielfältige wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass sich rechtsextreme Einstellungen quer durch alle Alters- und Teilgruppen der Gesellschaft finden lassen¹. Sie sind somit ein Problem in deren Mitte und nicht, wie oft behauptet an ihrem Rand, wobei sich vor allem bei rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen die höchsten Zustimmungswerte in der Bevölkerung zeigen, wie die Ergebnisse des Sachsen-Anhalt-Monitors und gleichermaßen die des Thüringen-Monitors belegen².

Auch Christinnen und Christen bleiben nicht verschont vor solchen Begegnungen und Erfahrungen mit rechtsorientiertem Gedankengut und dementsprechenden Aussagen. Man wird damit im gesellschaftlichen Umfeld, möglicherweise auch in der eigenen Kirchengemeinde, konfrontiert. Doch wegschauen, überhören und keinerlei Widerspruch zu leisten, sollte keine Option für Gemeinden und Christinnen und Christen sein!

1 Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Berlin 2012; Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin 2010; Brähler, Elmar/Decker, Oliver: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008, Berlin 2008

2 Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias/Völk, Kerstin: Sachsen-Anhalt Monitor 2012. Mitten im Land – Blicke auf das Eigene und das Fremde, Halle 2012; Best, Heinrich/Salheiser, Axel: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringen International: Welt-offenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012, Jena 2012

Im Folgenden finden sich beispielhaft kurze Anregungen für die konkrete Auseinandersetzung mit verallgemeinernden Sprüchen und diskriminierenden Vorurteilen, die oftmals komplexe Sachverhalte auf simple Freund-Feind-Schemata reduzieren und einfache Lösungen suggerieren wollen. Es soll dazu ermutigen, nicht zu schweigen, sondern sich einzumischen.

Parolen Contra geben³

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“

Eine der geläufigsten Parolen, an der deutlich wird, dass eine Differenzierung (wie bei allen Auseinandersetzungen mit solchen Parolen) notwendig ist, um das verallgemeinernde „die“ in Frage zu stellen.

Wer ist damit gemeint: Die einst angeworbenen und seit Jahren hier lebenden sogenannten Gast- oder Vertragsarbeiter und deren Nachkommen? Die südamerikanischen Fußballer in der Bundesliga? Die osteuropäischen Saisonarbeiter und Erntehelfer? Die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion? Der Inhaber des türkischen Imbisses oder des griechischen Restaurants? Die Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan, die Asyl beantragen?

3 Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus. Schwalbach/Ts. 2006 und Landesjugendring Thüringen: FAIR denken – Damit Stammtischparolen nicht siegen. Erfurt 2009

Weitere gezielte Nachfragen um einzelne Aspekte eines solch komplexen (sozio-ökonomischen) Sachverhalts zu thematisieren und der Parole das Fundament zu zerbröseln, könnten u.a. sein:

- » Wieso ist dann ausgerechnet in den Regionen der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit am höchsten, in denen die wenigsten Ausländer wohnen?
- » Was ist mit den Fachkräften, die in verschiedenen Gewerben und Bereichen (IT, medizinische Versorgung, etc.) dringend benötigt werden?
- » Was ist mit denjenigen ausländischen Unternehmen, Investoren und Selbstständigen, die neue Arbeitsplätze schaffen?

„Die Flüchtlinge kommen doch nur hier her, um vom deutschen Wohlstand zu profitieren! Die legen sich faul in die Hängematte des Sozialstaates und leben auf unsere Kosten wie die Made im Speck!“

Auch diese Parole dürfte allseits bekannt sein. Die Rede ist in diesem Zusammenhang von den sogenannten „Scheinasylantern“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“, die politische Verfolgung nur vortäuschen. Auf einige prägnante, reale Fakten gilt es hierbei zu verweisen, um die Mär von dem Leben der Flüchtlinge in Saus und Braus zu entkräften:

- » Asylsuchende in der Bundesrepublik unterliegen einem faktischen Arbeitsverbot, sie sind quasi zum „Nichtstun“ verurteilt. Nach einjähriger Wartezeit kann Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt werden, allerdings nur, wenn sich keine deutschen oder andere bevorrechtigte Personen, bspw. EU-Bürger, auf die Arbeitsstelle bewerben (sog. „Nachrangigkeitsprinzip“).
- » Die Sozialleistungen für Asylsuchende liegen noch unterhalb des Regelsatzes im ALG II-Bezug und werden zum Teil

als Sachleistungen (d.h. Essenspakete) bzw. Wertgutscheine ausgegeben. Der monatliche (Bar-)„Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens“ (sog. Taschengeldanteil) belief sich lange Jahre bis Sommer 2012 auf 40,90 Euro. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Wert in einer Entscheidung vom 18. Juli 2012 für verfassungswidrig erklärt. Gegenwärtig wird ein Betrag von 137,00 Euro monatlich gewährt.

- » Es gibt nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung und zudem ist die Bewegungsfreiheit begrenzt (sog. „Residenzpflicht“), d.h. Asylsuchende bedürfen in der Bundesrepublik einer vorherigen Genehmigung, wenn sie den festgelegten Aufenthaltsbereich verlassen wollen. Die diesbezüglichen Regelungen sind bundesweit nicht einheitlich. In Thüringen beispielsweise war bis zum 30. Juni 2013 der Aufenthalt auf ein Gebiet beschränkt, welches die jeweiligen Nachbarlandkreise und eine kreisfreie Stadt umfasste⁴. Erst seitdem können sich Asylsuchende im gesamten Freistaat frei bewegen.

Hinweisen könnte man auch durchaus auf die Millionen von hilfsbedürftigen Flüchtlingen weltweit⁵, von denen nur ein geringer Bruchteil die reichen westlichen In-

4 Vgl. Thüringer Verordnung über den vorübergehenden Aufenthalt von Asylbewerbern außerhalb des Bereichs de Aufenthaltsgestattung, PDF-Datei zu finden unter folgendem Link: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/abteilung2/referat24/17_-11_residenzpflicht_anlage.pdf

5 Vgl. <http://www.unhcr.de/statistiken.html>. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) zählte 2011 über 42 Millionen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und massiven Menschenrechtsverletzungen geflohen sind oder sich in flüchtlingsähnlichen Situationen befinden. Nach Schätzungen ist die Gesamtzahl aller von Flucht Betroffenen aber wesentlich höher.

dustrieländer erreicht⁶. Damit kann auch gleichermaßen dem unheilvollen Begriff der „Asylantenschwemme“ der Wind aus den Segeln genommen werden. Allerdings sollte dies gleichermaßen kritisch beäugt werden, da der Schutz von Asylsuchenden in der europäischen Politik wenig Beachtung findet. Vielmehr ist es der Versuch, die Frage der Migration vorrangig nach dem wirtschaftlichen Nutzen des Staates zu bewerten.

„Deutschland ist überfremdet! Hier leben bereits zu viele Ausländer!“

Diese „Überfremdungsparole“ findet in den angesprochenen wissenschaftlichen Untersuchungen regelmäßig die höchsten Zustimmungswerte. Es lässt sich an die obigen Argumentationsmuster anknüpfen („Die“ Ausländer? Wer ist eigentlich damit gemeint?), um in Form von gezielten (Nach)Fragen und konkreten Fakten dazu Stellung zu beziehen.

- » Wie hoch ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik?⁷ Woran wird bemessen, dass es zu viele sind?
- » Wie sieht es denn in Sachsen-Anhalt oder Thüringen aus? (In Thüringen beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung 2,3%, in Sachsen-Anhalt 1,9%.⁸)
- » Ist nicht sogar eine verstärkte Zuwanderung in Zeiten des demographischen Wandels nötig?

⁶ Im Jahr 2012 ist die Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zum Vorjahr um über 40 Prozent auf 64.539 gestiegen. Das hört sich im ersten Moment nach viel an. Setzt man diese Zahl jedoch in Relation zu den Asylbewerberzahlen vergangener Jahre, relativiert sich dieser Eindruck: Seit Anfang der neunziger Jahre ist die Zahl stetig gesunken, bis auf einen Tiefstwert von knapp über 19.000 Asylanträgen im Jahr 2007. In Relation zu niedrigen Werten fällt eine prozentuale Steigerung dann immer vergleichsweise hoch aus. Siehe: <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten>

Neben diesen „Zahlenspielen“ sollte der Blick aber auch auf die gefährliche Botschaft hinter der Aussage gerichtet sein: „Ausländer als eine drohende Gefahr für das deutsche Volk! Man sei nicht mehr Herr im eigenen Land...“ – da verknüpfen sich die ausländerfeindlichen Parolen mit stark nationalistischen Tönen, die es dann noch schwerer machen, darauf mit rationalen Argumenten einzugehen.

„Islamisierung stoppen! Keine Moscheen und Minarette in Deutschland!“

Auch dahinter verbirgt sich ein Gemisch aus der oben genannten Befürchtung vor „fremden“ Einflüssen gepaart mit dem Vorwurf von „Machtgehaberei, Protzerei und Überlegenheitsphantasien“, symbolisiert in solchen muslimischen Bauwerken. Wie also darauf reagieren?

- » Die Religionsfreiheit ist Grundbestandteil der Menschenrechte und im Grundgesetz der Bundesrepublik als ein Grundrecht verankert (Artikel 4 GG)! Will man das zur Disposition stellen, darüber verhandeln?
- » Der Bau von Moscheen und Minaretten gehört zum religiösen Leben der Musliminnen und Muslime ebenso selbstverständlich dazu, wie auch die Kirche elementarer Bestandteil des religiösen Lebens von Christinnen und Christen ist!
- » Was ist mit der Forderung an muslimische Glaubensgemeinschaften, aus

⁷ Nach Angaben des Ausländerzentralregisters am Jahresende 2011: ein ausländischer Bevölkerungsanteil von 6,93 Millionen Personen. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Aktuell.html Dies bei einer Gesamtbevölkerung von 80,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Aktuell.html>

⁸ Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik und des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Stand: 31.12.2011.

den Hinterhöfen heraus zu treten, sich transparent und offen zu geben?! Nun werden sie sichtbar (genau im baulichen Sinne des Wortes), und das ist dann auch nicht in Ordnung?

- » Ist in der Forderung nach Integration und gleichberechtigter Teilhabe von Musliminnen und Muslimen in unserer Gesellschaft der Bau von entsprechenden würdigen Gotteshäusern nicht eingeschlossen?

Ja natürlich, über die Höhe von Minaretten und die Ornamentierung von Kuppeln lässt sich diskutieren und streiten (und müsste wahrscheinlich häufiger praktiziert werden, um Vorurteile aus dem Weg zu räumen), aber dass Moscheen als Zentren muslimischen Glaubens gebaut werden dürfen, sollte außer Frage stehen.

Übrigens haben sich einige Evangelische Landeskirchen in einem Ramadan-gruß explizit für einen Dialog der Religionen und gegen solch antiislamischen Parolen ausgesprochen⁹. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland setzt sich explizit für den Dialog der Religionen ein.

Zum Abschluss kurz und prägnant zusammengefasst einige Empfehlungen für den Umgang mit solchen Parolen¹⁰:

Grundsätzliche Schwierigkeit erkennen: Im Gegensatz zu den zugespitzten Schlagworten und Parolen sind die dahinter stehenden Themen und Inhalte umfangreich und komplex.

Differenziert argumentieren:

Unterschiedliche inhaltliche Ebenen und Aspekte der Parolen voneinander trennen und nacheinander ausdiskutieren („Parolenhopping“ vermeiden)!

Gezielt nachfragen:

Daten, Fakten und Belege für die getroffenen Aussagen einfordern, um die Diskussion auf den Boden der Tatsachen zu stellen.

Belehrungen vermeiden:

Belehrungen, Überheblichkeit und moralisierend vorgetragene Gegenpositionen erzeugen Distanz und Abwehr!

Eigenen Standpunkt zum Ausdruck bringen:

Seine eigene Meinung und auch die (Toleranz-) Grenzen klar artikulieren und begründen! Überzeugung und Wissen als Grundlagen einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Verbündete suchen:

Auf mögliche Verbündete achten und sie ermutigen, sich einzumischen! Eine Gegenöffentlichkeit schaffen!

⁹ <http://downloads.kirche-im-bistum-aachen.de/8/766/1/28013803707350552913.pdf>

¹⁰Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus. Schwalbach/Ts. 2006, S. 35ff. und Landesjugendring Thüringen: FAIR denken – Damit Stammtischparolen nicht siegen. Erfurt 2009, S. 7.

Die Mitte im Umbruch

Entwurf einer Gesprächs- und Diskussionsrunde zur Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gila Zirfas-Krauel und Jürgen Wollmann

Dieser Entwurf für eine Gesprächs- und Diskussionsrunde in Gemeindegruppen oder im Gemeindegemeinderat hat Ergebnisse der aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“ zum Thema. Im Auftrag der Stiftung wird seit 2002 im Zwei-Jahres-Rhythmus die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland empirisch erfasst. Auf Grundlage bundesweiter Repräsen-

tativerhebungen entsteht so ein Barometer antidemokratischer Einstellungen. Erfasst werden unter anderem verschiedene Formen von Antisemitismus, Islamfeindlichkeit sowie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Studie ist gut geeignet, um über Themen wie rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen ins Gespräch zu kommen.

ABLAUF

1. Einführung in die Studie

Ziel: Hintergrundinformationen und Arbeitsthemen der Studie vorstellen

Material: Dokument „Einführung in die Studie“ ca. 5 min

2. Ausfüllen der Fragebögen (jede/r für sich, keine Auswertung)

Ziel: persönlichen Einstieg in die Studie finden

Material: Dokument „Fragebogen“, Stifte ca. 15 min

3. Vorstellen der Ergebnisse der Studie

Ziel: eigene Antworten mit Befragungsergebnissen der Studie in Beziehung setzen

Material: Dokument „Ergebnisse der Studie“ ca. 15 min

4. Diskussion: „Was ist überraschend? Was ist neu? Was war mir bekannt?“

Material: Papier, Filzstifte (für Aufschreiben von Stichworten) ca. 20 min

5. Gruppenarbeit

Ziel: präventive und reaktive Handlungsstrategien entwickeln

Ausgangsthese: Wenn Rechtsextremismus nicht ausschließlich ein Einstellungsmuster gesellschaftlicher Randgruppen darstellt, sondern in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist, also auch in unserer Kirchengemeinde, stellt sich die Frage, wie wir darauf reagieren sollen.

Mögliche Einteilung in zwei Gruppen:

- A) präventive/vorbeugende Maßnahmen (ohne dass es zu konkreten rechts-extremen Vorfällen gekommen sein muss)
- B) Maßnahmen im Vorfeld angekündigter rechtsextremer Aktivitäten (Demo, Werbemaßnahmen der NPD und ähnliches), währenddessen oder nach rechtsextremen Vorfällen

Material: keines (eventuell ein zweiter Raum) ca. 20 min

6. Präsentation der Ergebnisse und Diskussion

Ziel: allen Teilnehmenden die Möglichkeit geben, ihre Ideen, Fragen und Vorschläge miteinander zu diskutieren

Material: keines ca. 30 min

7. Zusammenfassen der wichtigsten Ergebnisse

Ziel: Handlungsstrategien und Maßnahmen gewichten und dokumentieren

Material: Flipchartpapier, Filzstifte ca. 5 min

8. Abschluss und Feedback

Ziel: Anbringen positiver und negativer Kritik

Leitfragen: „Was fand ich gut? Was hätte ich mir anders gewünscht?“

Was hat mir gefehlt?“

Material: keines ca. 10 min

DOKUMENTE

Nachfolgende Fragebögen und Tabellen entstammen der Studie „Die Mitte im Umbruch“ Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012 von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler. Die dafür notwendigen Befragungen fanden im Juni/Juli 2012 mit 2415 Befragten im Alter zwischen 14 und 91 Jahren statt. Der Abdruck der Dokumente erfolgte mit freundlicher Genehmigung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Definition Rechtsextremismus, die der Studie zugrunde liegt:

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Anziehungskraft von diktatorischen Regierungsformen, übersteigertem Nationalstolz und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch jüdenfeindliche, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische (das vermeintliche Recht der Stärkeren) Einstellungen.

Hieraus wurden sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungsmuster begründet:

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Übersteigter Nationalstolz (Chauvinismus)
- Ausländerfeindlichkeit
- Judenfeindschaft (Antisemitismus)
- Recht des Stärkeren (Sozialdarwinismus)
- Verharmlosung der Verbrechen im Nationalsozialismus

Aus diesen Dimensionen wurden zielgerichtete Fragen abgeleitet (s. Fragebogen).

Zusammenfassung

Der Sockel der rechtsextremen Einstellung ist in Deutschland nach wie vor hoch. Knapp 16 Prozent der Ostdeutschen haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Das ist der bisher höchste in den »Mitte-Studien« gemessene Wert und die gegenwärtige Tendenz ist steigend. Vor zwei Jahren lag dieser Wert bei 10,5 Prozent. Besonders besorgniserregend ist, dass in der Erhebung eine neue Generation des Rechtsextremismus sichtbar wird. Bisher konnte immer ein Zusammenhang zwischen Alter und rechtsextremen Einstellungen festgestellt werden, d.h. die Jungen schienen weniger empfänglich. Doch gerade die jungen Ostdeutschen fallen nun zunehmend mit hohen Zustimmungswerten auf.

Die Studie bestätigt bekannte Parameter: Die Stadtstaaten schneiden grundsätzlich besser ab als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten. Die Ausländerfeindlichkeit ist zudem dort besonders hoch, wo kaum Migranten und Migrantinnen wohnen. Die Zustimmungswerte der Befragten ohne Abitur zu den einzelnen Dimensionen sind durchgehend mehr als doppelt so hoch wie bei der Gruppe, die mindestens den Bildungsabschluss Abitur hat.

-2: lehne ich völlig ab | -1: lehne ich überwiegend ab | 0: stimme teils zu, teils nicht zu
 +1: stimme überwiegend zu | +2: stimme voll und ganz zu

		-2	-1	0	+1	+2
01	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	56,9	20,3	15,8	6,2	0,8
02	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	51,4	20,2	17,8	8,6	2,0
03	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	39,4	20,8	23,7	12,7	3,5
04	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	58,8	16,1	15,1	7,6	2,5
05	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	44,8	20,2	20,6	12,0	2,5
06	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	16,8	16,9	30,4	21,7	14,3
07	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	33,1	22,6	24,8	13,9	5,6
08	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	16,1	14,9	29,7	26,0	13,2
09	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	42,4	20,0	19,9	12,6	5,2
10	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	22,8	18,1	27,5	18,4	13,2
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	53,2	21,4	17,4	6,0	2,0
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	22,9	16,9	30,5	21,0	8,7
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	41,9	21,6	21,1	11,6	3,8
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	24,6	18,5	29,6	20,6	6,8
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	58,2	15,3	16,0	6,9	3,7
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	19,4	16,2	27,2	22,3	14,9
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	39,6	21,6	24,3	10,5	4,0
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	49,3	19,0	21,5	7,3	2,9

	Bitte zu jeder Frage ein Feld ankreuzen!	-2	-1	0	+1	+2
01	Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.					
02	Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.					
03	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.					
04	Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.					
05	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.					
06	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.					
07	Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.					
08	Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.					
09	Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.					

10	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.				
11	Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.				
12	Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.				
13	Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.				
14	Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.				
15	Es gibt wertvolles und unwertes Leben.				
16	Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.				
17	Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.				
18	Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.				

-2: lehne ich völlig ab

-1: lehne ich überwiegend ab

0: stimme teils zu, teils nicht zu

+1: stimme überwiegend zu

+2: stimme voll und ganz zu

Detail-Ergebnisse

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Kircheng Zugehörigkeit (in Prozent)			
	evange- lich (N=996)	katholisch (N=753)	keine Konfession (N=561)
Befürwortung Diktatur	2,6	2,1	6,4
Chauvinismus	19,3	17,2	22,9
Ausländerfeindlichkeit	25,6	19,6	32,4
Antisemitismus	7,8	6,1	14
Sozialdarwinismus	2,5	1,5	10,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,7	1,5	5,9

Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland (in Prozent)			
	Gesamt	West (N=1929)	Ost (N=486)
Befürwortung Diktatur	3,5	3,0	5,4
Chauvinismus	19,4	18,4	23,5
Ausländerfeindlichkeit	25,1	21,7	38,7
Antisemitismus	8,6	8,2	10,4
Sozialdarwinismus	4,3	3,4	7,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,1	3,0	3,5

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Geschlecht (in Prozent)		
	Männer (N=1115)	Frauen (N=1300)
Befürwortung Diktatur	4,0	3
Chauvinismus	21,6	17,6
Ausländerfeindlichkeit	27,8	22,8
Antisemitismus	10,1	7,4
Sozialdarwinismus	4,1	4,4
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,9	2,5

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus
(in Prozent)

	Ausbildung/ Wehrdienst (N=204)	Erwerbstätige	Arbeitslose (N=90)	Hausfrau/ Hausmann (N=106)	Ruhestand (N=720)
Befürwortung Diktatur	2,0	2,6	5,6	2,8	5,3
Chauvinismus	12,9	17,5	26,7	23,8	23,3
Ausländerfeindlichkeit	16,2	21,9	36,7	24,5	32
Antisemitismus	6,4	6,4	4,4	10,5	13,5
Sozialdarwinismus	2,0	3,1	5,6	6,6	6,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2,0	2,2	4,4	2,8	4,9

Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit vom Alter (in Prozent)

	14-30 (N=470)	31-60 (N=1180)	>60 (N=765)
Befürwortung Diktatur	3,2	2,8	4,7
Chauvinismus	13,9	18,6	24,1
Ausländerfeindlichkeit	17,7	24,2	31,0
Antisemitismus	5,6	6,8	13,4
Sozialdarwinismus	3,4	3,6	5,9
Verharmlosung des Nationalsozialismus	3,0	2,2	4,0

Die NPD vor der Kirchentür ...

Ein Rollenspiel

Christian Liebchen

Ziel: In Form eines fiktiven Rollenspiels soll überlegt werden, wie eine Kirchengemeinde auf öffentlich auftretenden Rechtsextremismus reagieren kann. Im Rollenspiel geht es um die Sitzung des fünfköpfigen Gemeindegemeinderats (GKR). Ausgehend von einer typischen Situation, in der Rechtsextreme versuchen, öffentliche Räume zu besetzen, soll der GKR eine angemessene Reaktion der Kirchengemeinde entwickeln.

Gesamtdauer: 45 bis 60 Minuten.
Bei sehr ausführlicher Auswertung kann es auch länger dauern.

Material: Außer den kurzen Rollenspielskizzen keines.

Ablauf: Zunächst werden auf Basis der Freiwilligkeit fünf mitspielende Personen gesucht. Dabei geht es im Rollenspiel nicht um schauspielerische Qualitäten. Es ist sinnvoll, die Rollen fremd zu besetzen. Der/die Pfarrer/in sollte also nicht durch eine/n Pfarrer/in verkörpert werden. Auch sollten zufällige Namensüberschneidungen zwischen Spielenden und Rolle vermieden werden. Ggf. müsste der Rollename abgeändert werden. Die fünf Personen haben kurz Gelegenheit, sich in die Rolle einzulesen. Hilfreich für die Rollenübernahme kann es sein, dass die Spielleitung kurze Interviews mit den fünf Spieler/innen führt. Alle anderen sind Beobachtende des Rollenspiels(*). Dann wird ein halboffener Stuhlkreis gebildet, in dem die fünf Personen Platz nehmen. Entsprechend der Rollenvorgaben versucht der „Rollenspiel-GKR“ innerhalb von ca. 20

Minuten zu einer angemessenen Reaktion für die geschilderte Situation zu kommen. Unabhängig davon, ob der GKR eine Lösung gefunden hat, wird nach dieser Zeit das Rollenspiel abgebrochen. Entscheidend für ein Rollenspiel ist die Auswertung. Leitfragen dazu folgen am Ende!

Ausgangslage: Die Stadt Neustadt liegt irgendwo zwischen Thüringen und Sachsen-Anhalt. Sie hat 10 000 Einwohner/innen. Die evangelische Gemeinde „Zur guten Hoffnung“ hat ca. 2000 Gemeindeglieder. Eigentlich ist Neustadt ein beschauliches und friedliches Städtchen. Doch nun hat eine rechtsextreme Gruppe „Junge Nationaldemokraten Neustadt“ eine Mahnwache und einen Fackelzug auf dem Marktplatz angemeldet. Die Anmeldung steht unter dem Motto: „Todesstrafe für Kinderschänder und Drogendealer – für ein sauberes Neustadt“.

Die mittelalterliche Stadtkirche befindet sich direkt auf dem Marktplatz und die beantragte Veranstaltungsfläche grenzt direkt an die Grundstücksgrenzen der Kirchengemeinde. Der Bürgermeister hat den Gemeindegemeinderat über die Veranstaltung informiert. Die Stadt wird die Aktion wahrscheinlich nicht verbieten, da sie keine Niederlage vor Gericht riskieren möchte. Die Polizei wird präsent sein, aber nur eingreifen, wenn Strafta-

* Bei sehr viel Zeit und/oder einer großen Gruppe ist noch ein Zwischenschritt möglich. Es bilden sich jeweils Kleingruppen zu jeder Rolle. Innerhalb von 10 Minuten werden dort, bevor das eigentliche Rollenspiel beginnt, gemeinsam Argumente im Sinne der Rolle gesammelt. Eine Person aus dieser Kleingruppe wird dann als Spieler/in ausgewählt.

ten geschehen. Der Gemeindegemeinderat kommt zu einer Sondersitzung zusammen, um das Vorgehen zu beraten.

Es gibt 5 Rollen:

- » Pfarrer/in Pfeifer, 45 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, seit 8 Jahren in der Gemeinde und sehr anerkannt im Ort (hat die Gesprächsleitung)
- » Petra Pelzer, 34 Jahre alt, Heilerziehungspflegerin, verheiratet, ein Kind im Grundschulalter
- » Gertraude Ginzler, 64 Jahre alt, pensionierte Latein- und Deutschlehrerin, verwitwet
- » Florian Fechner, 58 Jahre, Angestellter bei einer Krankenkasse, geschieden
- » Hans Hammerschmidt, 49 Jahre, Abteilungsleiter bei den Städtischen Werken, verheiratet, Vater zweier Söhne in der Sekundarschule

Rollenbeschreibungen: Die Rollenvorgaben sind Skizzen – die Rollen können unter Beibehaltung der Intention im Spiel natürlich kreativ angepasst und erweitert werden.

Pfarrer/in Pfeifer (Gesprächsleiter/in)

45 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, seit 8 Jahren in der Gemeinde und sehr anerkannt im Ort

- » erinnert an das Kampagnenjahr der EKM 2008 „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“
- » Kirche muss um des Evangeliums willen gerade in solchen Situationen erkennbar sein
- » Gemeinde sollte das tun, was sie kann und was zu ihrem Profil gehört: Glockengeläut und „Gebet für unsere Stadt“, die Kirche könnte auch als Schutzraum geöffnet werden
- » aus Sicht der Gemeindeleitung ist es aber auch wichtig, dass die Gemeinde

zusammenbleibt und nicht zu sehr polarisiert wird

- » Kirche sollte immer für alle offen sein, daher muss eine Lösung gefunden werden, die alle aus der Gemeinde mittragen können.

Position: unbedingt etwas dagegen tun und deutlich Stellung beziehen (Glockengeläut und Gebet/Andacht z. B.), dabei sollte aber in der Gemeinde und in der Kommune nicht zu stark polarisiert werden.

Petra Pelzer

34 Jahre alt, Heilerziehungspflegerin, verheiratet, ein Kind im Grundschulalter

- » bei diesem Thema geht es ganz klar um eine Bekenntnisfrage. Rechtsextremes Denken und christlicher Glauben passen nicht zusammen, das muss immer wieder und überall deutlich gesagt werden
- » das ist nun eine gute Gelegenheit, als Gemeinde klar Stellung zu beziehen
- » bei diesem Problem wurde schon viel zu lange geschwiegen
- » die Gemeinde muss nun mit aller Kraft etwas dagegen organisieren
- » wenn ein Verbot nicht möglich ist, dann sollte stattdessen ein großes Friedensfest auf dem Platz und in der Kirche gefeiert werden. Jede Gemeindegruppe kann sich einbringen, auch andere Gruppen und Vereine der Stadt können sich beteiligen. Die Kirchengemeinde soll dazu einladen, so zeigen wir deutlich: „Neustadt ist bunt und nicht braun“
- » die Gemeinde sollte sich auch an friedlichen Gegendemonstrationen beteiligen oder diese selber organisieren
- » die Glocken sollten nicht nur zum Gebet sondern alle 15 Minuten läuten, schließlich haben früher Glocken auch den Zweck gehabt, vor Gefahr zu warnen (Feinde, Feuer), und um nichts anderes handelt es sich hier.

Position: deutlich christliches Profil zeigen, Gebet und Handeln gehört zusammen, je bunter und größer die Aktionen, desto besser.

Gertraude Ginzel

64 Jahre alt, pensionierte Latein- und Deutschlehrerin, verwitwet

- » Tochter eines während der Nazizeit in der Bekennenden Kirche in dieser Gemeinde engagierten Vaters, daher sehr sensibilisiert für das Thema
- » sie weiß noch aus der Lehrerinnentätigkeit, dass viele Jugendliche solche Einstellungen haben, Schule und Kirche haben daher eine große Verantwortung für die Erziehung
- » die Gemeinde soll sagen, dass solche Einstellungen nicht zu unserem Glauben passen
- » aber man muss auch immer den einzelnen Menschen sehen. Es sind ja arme Sünder, die Orientierung suchen, daher ist gerade das Gebet wichtig
- » öffentliche Aktionen dagegen sind weniger entscheidend, aber auch nicht grundsätzlich verkehrt, wichtig ist, dass der einzelne Mensch im Blickpunkt bleibt
- » die Mitglieder dieser rechtsextremen Gruppen sollten eingeladen werden zur Umkehr und zum Gespräch
- » Idee: Gebetsmahnwache und zugehen auf die Jugendlichen, um mit ihnen zu reden

Position: Kirche muss theologisch klar Stellung beziehen, aber der einzelne Mensch ist im Blick zu behalten. Die Kirche muss um jeden Einzelnen von ihnen ringen, dabei helfen laute Aktionen nicht immer weiter.

Florian Fechner

55 Jahre, Angestellter bei einer Krankenkasse, geschieden

- » das Ganze ist ein wirklich bedrohliches Thema, es macht ihm persönlich sehr viel Angst
- » diese Jugendlichen sind sehr präsent im Straßenbild, man will manchmal lieber gar nicht durch die Stadt gehen
- » man sollte aber nicht so viel darüber reden, da es davon nur schlimmer wird und sie aufgewertet werden. Schweigen im richtigen Moment kann auch ein Beitrag zum Frieden sein
- » Ignorieren kann auch eine Lösung sein. Wenn keiner hinschaut, haben sie ja auch nichts von der Aktion
- » am besten wäre es, die Fensterläden und die Geschäfte zu schließen, schon aus Sicherheitsgründen
- » das Ganze ist gefährlich und darum Sache für die Polizei. Dafür zahlen wir ja Steuern
- » man sollte auf gar keinen Fall provozieren, das macht sie nur noch gefährlicher, auch laute Glocken könnten provozieren
- » wenn die Gemeinde überhaupt etwas unternimmt, dann sollte im Sonntagsgottesdienst vor der Aktion in der Fürbitte für Gewaltlosigkeit gebetet werden und am Sonntag danach gedankt werden, wenn es wirklich friedlich geblieben sein sollte

Position: das Thema ist ärgerlich, aber auf keinen Fall darf Öl ins Feuer gegossen werden, jede Provokation ist zu vermeiden.

Hans Hammerschmidt

49 Jahre, Abteilungsleiter bei den Städtischen Werken, verheiratet, Vater zweier Söhne in der Sekundarschule

- » dieses Thema wird total überschätzt. Er kann und will es nicht mehr hören
- » natürlich ist Gewalt abzulehnen. Aber wer sagt denn, dass es gewalttätig wird?
- » nicht alles, was diese Gruppe anspricht ist falsch, es gibt doch wirklich ein Problem mit Drogendealern und Kinderschändern, und die Täter sind doch wirklich oft Ausländer. Das muss man auch sagen dürfen, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden
- » natürlich sind deren Vorschläge und Ideen viel zu radikal, aber es sind halt Jugendliche in der Pubertät, die wissen doch eigentlich gar nicht, was sie sagen. Das darf alles nicht überbewertet werden. Solche Ideen wachsen sich von alleine raus, wir waren alle mal jung
- » eigentlich sind das doch nette Jungs. Seine Söhne gehen in die gleiche Klasse, da gibt es keine Probleme
- » Glockengeläut und Gebet wären falsch. Es gibt doch gar keinen Grund für ein Gebet
- » Glockenläuten ohne Gebet geht gar nicht, das wäre Glockenmissbrauch. Dafür haben nicht so viele Bürger für den Wiederaufbau gespendet, sie würden sich dann beim Kirchenamt beschweren
- » es reicht, wenn ein paar kräftige Männer aus der Gemeinde an dem Tag als Beobachter vor Ort sind. Wenn es – was keiner will – doch zu Rangeleien kommt und die schöne Kirche beschmutzt oder beschädigt werden sollte, können sie sich schützend davor stellen

Position: es soll auf keinen Fall Aktionen geben, am besten auch nicht weiter darüber diskutieren, es gibt wichtigere Themen für den GKR.

Auswertung: Bei der Auswertung werden zunächst die Spielenden gefragt, wie sie sich in der Rolle gefühlt haben. In einem zweiten Schritt werden Beobachtungen von Außen gesammelt: Wie wurde argumentiert? Welche Lösung wurde erreicht? Welche Lösungen wurden verworfen? Wer hat sich durchgesetzt? Wurden Einwände gehört? In einem dritten Schritt wird die gefundene Lösung auf der Metaebene analysiert. Dafür ist es notwendig, dass die Spielenden aus den Rollen aussteigen und innerlich nicht mehr in den Rollen sind. Um das zu erreichen, können z.B. bewusst die alten Plätze wieder eingenommen und der Rollenzettel abgegeben werden. Nun sollte es gemeinsam um die Frage gehen, welchen Effekt hat das gefundene Ergebnis für die Gemeinde, für die Kommune und für die einzelnen Menschen der Stadt? Was ist gelungen bei der Lösung, was bleibt offen? Welche ganz anderen Reaktionen und Lösungen hätte es geben können, die in den Rollenvorgaben nicht intendiert sind? Was würde passieren, wenn die Situation in Zukunft wieder einträte? Was wäre, wenn eine solche Situation tatsächlich in der eigenen Gemeinde auftreten würde?

Anregungen für Engagement gegen Rechtsextremismus

Christian Rühl

Grundsätzlich gilt

Es gibt kein Patentrezept, da sich die örtlichen Gegebenheiten in vielen Facetten und Nuancen unterscheiden. Nichtsdestotrotz können sich auch Kirchengemeinden gegen Rechtsextremismus positionieren. Der Rat der EKD hat im Mai 2012 hierzu eindeutig Stellung genommen und fordert dazu auf: „neonazistischen, rassistischen, antijüdischen und islamophoben Äußerungen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens energisch entgegen zu treten. (...) Das christliche Gebot der Nächstenliebe gebietet es, uns in aller Klarheit gegen solche menschenverachtenden Einstellungen und Taten, die diesen folgen, auszusprechen.“

Einige Aspekte, die sowohl im innerkirchlichen als auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu solchem Engagement anregen, werden im Folgenden benannt¹¹:

Eigene Einstellungen überprüfen

Auch Christinnen und Christen können Vorurteile haben. Um eigene Einstellungen selbstkritisch auf den Prüfstand zu stellen, kann im Rahmen von Themenwochen und anderen Veranstaltungen ein Dialog angeregt werden.

Demokratie leben

Auf allen Ebenen kirchlichen Handelns, von Kinder- und Jugendgruppen über Bibelgesprächskreise hin zum Gemeindegemeinderat, können vielfältige Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten angeboten werden, um ein demokratisches Miteinander zu stärken und zu fördern.

Kompetenzen erweitern

Wer gegen Neonazismus eintritt, rechten Parolen widerspricht oder verdächtige Ereignisse zutreffend einschätzen will, gerät mitunter schnell an seine Grenzen. Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind ebenso vielfältig, wie die sich daraus ergebenden Herausforderungen. Wer sich engagieren will, sollte die vielfältigen Informations-, Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen, die im Themenfeld angeboten werden. Zum Beispiel bietet die Diakonie Mitteldeutschland eine Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Demokratieförderung in Diakonie und Kirche an (www.diakonie-mitteldeutschland.de).

Fakten sammeln – Vorfälle dokumentieren

Damit rechtsextreme Übergriffe (Äußerungen, Schmierereien und Bedrohungen) nicht verharmlost und bagatellisiert werden, ist es wichtig, diese zu dokumentieren, um zu klären, ob es sich um Einzelfälle oder organisierte Gruppentaten handelt.

Zeichen setzen

Durch unterschiedliche Aktivitäten (Friedensgebete, interkulturelle Feste, etc.) und themenbezogene Initiativen („Nächstenliebe verlangt Klarheit“, „Unser Kreuz hat keine Haken“) können Kirchengemeinden in der Öffentlichkeit deutlich Stellung beziehen und Widerspruch organisieren.

¹¹ Vgl. zu den Ausführungen die beiden folgenden Handreichungen:

- 1) Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (Hrsg.): Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
- 2) Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs (Hrsg.): Wir stehen in der Verantwortung. Eine Handreichung zu Demokratie und Rechtsextremismus

Was können Kirchengemeinden im Engagement gegen Rechtsextremismus tun?

Dorothea Söllig

Zu dieser Frage nenne ich aufgrund der Erfahrungen in Schleusingen 10 Punkte:

1. Sie können Anlaufstelle und Ansprechpartner für Betroffene und Opfer rechter Gewalt vor Ort sein, für sie Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr haben und sie bei Bedarf an Hilfs- und Beratungsorganisationen oder Behörden weitervermitteln.
2. Sie können die Initiative ergreifen und Menschen in ihrem Umfeld aus Ohnmacht, Resignation und Passivität angesichts von Extremismus zum Nachdenken und Handeln bewegen, indem sie zum Gespräch einladen und Zeit und Raum dafür bieten.
3. Sie können die Bildung eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus initiieren oder leiten und sich mit anderen Akteuren dabei vernetzen.
4. Sie können den parteipolitisch neutralen Boden bereitstellen, auf dem sich alle zum Engagement Gewillten unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung treffen und versammeln können.
5. Sie können die nötige Infrastruktur, wie Räumlichkeiten und Verwaltungskapazitäten sowie ihre Möglichkeiten der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisarbeit zur Verfügung stellen.
6. Sie können die Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Gemeindekirchenräten thematisieren und sich mit einem Gemeindekirchenratsbeschluss ausdrücklich und öffentlich hinter die Arbeit der Bündnisse stellen.
7. Sie können jährlich zu thematisch relevanten Terminen wie dem 27. Januar, dem Holocaustgedenktag, dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung, dem 1. September, dem Weltfriedenstag, dem 9. November, dem Gedenken an die Pogromnacht oder auch zum Volkstrauertag zu Friedensgebeten, Gottesdiensten oder anderen Veranstaltungen einladen, um möglichst mit anderen Akteuren vor Ort dem Vergessen zu widerstehen, der Opfer zu gedenken und neuem Extremismus entgegenzuwirken.
8. Sie können die Unvereinbarkeit von christlichem Glauben und Rechtsextremismus auf der Grundlage des biblischen Zeugnisses in den Leitungsgremien, den Gemeindekreisen und Gruppen inhaltlich und methodisch vielfältig und kontinuierlich präsent halten, um rechtsextreme Denkmuster und Einstellungen, wie sie auch in den Kirchengemeinden bei Jung und Alt vorhanden sind, langfristig zu ändern.
9. Sie können zur theologischen Aufarbeitung der eigenen Schuldgeschichte und zur Vergangenheitsbewältigung beitragen, indem sie „Rechtsextremismus und Kirche“ auf allen Ebenen

kirchlichen Handelns, vom Gemeindegemeinderat und Gesprächskreis in der Gemeinde über die Pfarr- und Mitarbeiterkonvente und den Kreiskirchenrat bis hin zu den Synoden, thematisieren und die eigene persönliche Auseinandersetzung damit auch bei den kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fördern.

Diese Punkte sind in der Praxis in Schleusungen zum großen Teil erprobt, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind sicher nicht überall gleichermaßen umzusetzen. Sie mögen andere Gemeinden anregen, das ihnen Mögliche im Engagement gegen Rechtsextremismus zu entdecken und zu tun.

- 10.** Sie können das Wächteramt auf allen Ebenen kirchlichen Handelns wahrnehmen, indem sie sich öffentlich klar und vernehmbar zu politischen Fragen äußern, die im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus stehen, sowohl lokal aus jeweils gegebenem Anlass auf der jeweiligen Handlungsebene, als auch grundsätzlich entsprechend der 5. Barmer These, z.B. für ein NPD-Verbot oder für die Finanzierung der Arbeit gegen Rechtsextremismus bei Bund und Ländern.

Wir nerven, so lange es Not tut

Möglichkeiten und Spielräume des Widerstandes gegen rechtsextreme Veranstaltungen am Beispiel Gera

Michael Kleim

In Gera veranstaltet die örtliche NPD in enger Zusammenarbeit mit militanten Kameradschaften, der örtlichen Rechtsrockszene und entsprechenden Vertriebslabels seit 2003 das überregional bedeutsame Rechtsrockfestival „Rock für Deutschland“. Rockkonzerte sind neben dem Internet ein wichtiges Medium, mit dem die rechte Szene Nachwuchs rekrutiert. Dabei werden junge Menschen zu Hass und Gewalt motiviert. Rechtliche Versuche, die Veranstaltung zu verbieten, scheiterten wiederholt.

In den letzten Jahren ist in Gera ein zivilgesellschaftliches Bündnis gewachsen, das „Rock für Deutschland“ bisher nicht verhindern, aber deutlichen Widerstand entgegensetzen konnte. Die Evangelische Kirchengemeinde Gera war in diesem Bündnis von Anfang an ein wichtiger gestaltender Partner.

In den folgenden 7 Punkten werden Möglichkeiten und Spielräume kirchlichen Handelns beschrieben, die auch auf andere Orte, Veranstaltungen und Situationen übertragen werden können.

(1) Wahrnehmen und thematisieren

Als sich rechtsextreme Strukturen in Gera zu etablieren begannen, wollten dies Viele nicht wahrhaben. Kritische Stimmen wurden als „Panikmache“ und „Nestbeschmutzung“ abgetan. Doch die Haltung „Das gibt sich von alleine“ gab rechtsextremen Gruppen einen Freiraum, sich zu stabilisieren. Es waren unter anderem kirchliche Jugendgruppen, die auf das

Problem des organisierten Rechtsextremismus aufmerksam machten. Nach einem ökumenischen Kreuzweg wandten sich die Jugendgruppen mit einem Brief an die Öffentlichkeit, sich der inzwischen unübersehbaren rechten Präsenz entgegen zu stellen, denn Ignoranz hilft nur den Rechtsextremen und führt letztlich zu einer Atmosphäre von Angst und Gewalt.

(2) Klar positionieren, Öffentlichkeit herstellen

Kirchliche Äußerungen zu rechtsextremen Umtrieben, Aktionen und Veranstaltungen sollten nicht nur Einzelpersonen überlassen werden. Engagierte Amtsträger, die Interviews geben oder sich anderweitig äußern, sind sehr wichtig. Doch auch Gremien wie der Kreisjugendkonvent, der Gemeindekirchenrat, der Kreiskirchenrat oder die Kreissynode sollten sich mit dem Thema auseinandersetzen und sich eindeutig positionieren. Entsprechende Erklärungen und Pressemeldungen werden von der Öffentlichkeit sehr aufmerksam wahrgenommen. Aber auch für die innerkirchliche Debatte sind solche Stellungnahmen von großer Bedeutung.

(3) Informieren, aufklären, sachliche Argumente einbringen.

Wie sieht die rechte Szene vor Ort aus? Was steckt hinter „Rechtsrock“? Welche Inhalte werden auf rechtsextremen Veranstaltungen transportiert? Aber auch: Welche zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt es vor Ort, um gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden?

Gemeinden sollten Veranstaltungen unterstützen, anregen oder selbst organisieren, die über Rechtsextremismus informieren. Im Jahr 2010 wurde in Gera der Film „Blut muss fließen“ im Vorfeld von „Rock für Deutschland“ gezeigt. Dies trug dazu bei, dass die Menschen sich engagierten und die Demonstration unterstützten. Ebenso ist es wichtig, die Perspektive der Opfer rechter Gewalt zur Sprache zu bringen. Die Ausstellung „Angsträume – Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen“ der mobilen Beratung ezra bietet dafür eine sehr gute Basis.

Die Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie können auch im Rahmen der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, der Konfirmandenarbeit und in der Erwachsenenbildung ihren Platz bekommen.

(4) Vor Ort vernetzen und darüber hinaus

Im Engagement gegen rechte Strukturen und Veranstaltungen braucht es übergreifende Zusammenarbeit. In Gera besteht die wertvolle Tradition, im ökumenischen Einvernehmen zu agieren. Evangelische, katholische und freikirchliche Gemeinden reden mit einer Stimme und ziehen an einem Strang. Dies gibt dem christlichen Wort ein besonderes Gewicht.

Als Kirchengemeinden haben wir im Protest gegen „Rock für Deutschland“ einen eigenen Platz gefunden. Bei den zivilgesellschaftlichen Aktionen gegen Hass, Rassismus und Fanatismus sind wir ein eigenständiger, verlässlicher Partner geworden. Auch im „Aktionsbündnis gegen Rechts“ bringen sich Christinnen und Christen aktiv mit ein. Solche Vernetzungsstrukturen sollten Kirchengemeinden befördern und konkret mitgestalten. Der „Runde Tisch für Toleranz und Menschlichkeit der Stadt Gera“ bringt unterschiedliche gesellschaftliche Akteure

zusammen, und die Kirchen gehören von Anfang an dazu. Ein evangelischer Pfarrer wurde nicht zufällig zum Sprecher und Moderator gewählt. Wo es keinen Runden Tisch gibt, kann die Evangelische Kirche durchaus die Initiative ergreifen, einen solchen zu gründen.

Demokratisches Engagement verknüpft sich überregional. Erfahrungsaustausch, Zusammenarbeit und informelle Kontakte sind eine Notwendigkeit. Auch kirchliches Engagement bindet sich zusammen – in der EKM und darüber hinaus.

(5) Eigene Aktionsformen

Was wir als Christinnen und Christen als besondere Form einbringen können, ist das Gebet. In Gera gehört das ökumenisch verantwortete „Friedensgebet“ zu den unverzichtbaren Formen des Widerstandes gegen das alljährliche Rechtsrockkonzert.

Im Jahr 2013 hat die Evangelische Kirchengemeinde am Vortag des „Rock für Deutschland“ zusätzlich eine „Mahnwache für die Opfer rechter, antisemitischer, rassistischer und homophober Gewalt“ durchgeführt. Mit Blick auf die Opfer haben wir deutlich gezeigt, warum wir gegen das Rechtsrockfestival sind. Eine Mahnwache benötigt weder große Vorbereitung noch ist sie von der Anzahl der Beteiligten abhängig. Sie macht sichtbar, auf welcher Seite wir als Christinnen und Christen stehen.

(6) Sich bei Gegenaktionen und in den zivilen Widerstand einbringen

Engagierte Bürgerinnen und Bürger, Aktions- und Bürgerbündnisse, Parteien und Gewerkschaften werden vielgestaltige Aktionsformen entwickeln. Der Phantasie und Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Kirchengemeinden, Christinnen und Christen sollten sich dabei aktiv einbringen. Bewährte Formen sind Demons-

trationen, Gegenkundgebungen, Menschenketten oder Feste der Demokratie.

In Dresden, Leipzig und Halle waren Blockaden erfolgreich. Eine Beteiligung an Formen zivilen Ungehorsams muss jedoch jeder für sich entscheiden. In Gera gab es 2013 folgende kreative Aktionen: ein Protestcamp auf der Veranstaltungsfläche von „Rock für Deutschland“ und eine „wir-gehen-rein-Aktion“, bei der Gegner des Rechtsrockkonzertes in Absprache mit der Polizei die Nazi-Eventfläche aufsuchten und mit ihren T-Shirts deutlich Position bezogen haben – „Feste feiern ohne Nazis“ war mitten unter den Besuchern zu lesen.

(7) Kontinuierlich im Alltag präsent sein

Der Widerstand gegen Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit ist nicht nur an spektakulären Höhepunkten notwendig. Er braucht die Kontinuität im Alltag. Kirchengemeinden können im täglichen Leben zeigen, dass sie sich gegen rechte Strukturen und deren Präsenz wenden. Die Erinnerung an die Opfer der NS-Diktatur gehört dazu. So wurden in Gera Stolpersteininitiativen, Gedenkgottesdienste zur Pogromnacht und die Ausstellung zu Anne Frank von den christlichen Kirchen unterstützt.

Entscheidend ist: Toleranz, Gewaltfreiheit und Nächstenliebe müssen vorgelebt werden.

Kurzer Leitfaden für Gemeinden zur Reaktion auf rechtsextreme Ereignisse

Christian Liebchen und David Begrich

Kandidatur für den Gemeindekirchenrat (GKR) durch rechtsextreme Kader bzw. GKR-Mitglied tritt einer rechtsextremen Partei bei

Hierbei handelt es sich bisher um Einzelfälle. Die kirchenleitenden Organe der EKM betonen eindeutig, dass christlicher Glaube und das Engagement in einer rechtsextremen Partei bzw. Gruppierung nicht miteinander vereinbar sind. Im Falle einer Mitgliedschaft oder Kandidatur in einer rechtsextremen Partei oder Vereinigung ist daher ein Ausschluss aus dem GKR herbeizuführen bzw. auf einer Beendigung der Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei/Gruppe zu bestehen. Kirchenmitglieder, die verfassungsfeindliche, extremistische, antisemitische oder fremdenfeindliche Positionen vertreten, sind bei GKR-Wahlen nicht wählbar (siehe § 6 Gemeindekirchenratsgesetz). Informieren Sie in jedem Fall den Kreiskirchenrat.

Gemeindeglied tritt öffentlich mit rechtsextremen Äußerungen auf

Es muss nach außen deutlich vermittelt werden, dass diese Person für sich und nicht für die Kirchengemeinde spricht. Der GKR sollte sich auf Pressenachfragen einstellen und vorbereiten.

Öffentliches Auftreten von Rechts-extremen im kirchlichen Raum

Symbolische Handlungen sind für die Identität der rechtsextremen Szene von zentraler Bedeutung. Sie dienen der Stärkung der Binnenidentität der Szene. Ihre Bezugsgrößen sind nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch die germanische Mythologie und neoheidnische Inhalte. Es ist wichtig, die hinter scheinbar harmlosen Ritualen stehenden Inhalte sichtbar zu machen. Neonazis geht es mit diesen symbolischen Handlungen darum, Deutungshoheit über historische Orte und Symbole zu gewinnen.

- » Schmierereien und Sachbeschädigungen sollten dokumentiert und bei der Polizei angezeigt werden.
- » Kriegerdenkmale auf kirchlichen Grundstücken können an bestimmten Tagen, wie dem Volkstrauertag, Schauplätze rechtsextremer Aktivitäten werden. Diese sollten dokumentiert und angezeigt werden. Der GKR bzw. der Pfarrer oder die Pfarrerin hat das Hausrecht und soll diesen Personen höflich aber deutlich den Zugang mündlich verweigern bzw. sie zum Verlassen auffordern. Bleiben die Personen dem kirchlichen Grundstück nicht fern bzw. kommen sie der Aufforderung das Grundstück zu verlassen nicht nach, handelt es sich um einen Hausfriedensbruch gemäß § 123 Strafgesetzbuch.

Verhalten bei Veranstaltungen von Kirchengemeinden

Führen Kirchengemeinden öffentlich angekündigte Veranstaltungen insbesondere zum Themenkontext Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus durch, müssen sie mit Teilnahmeversuchen seitens der regionalen rechtsextremen Szene rechnen. In kirchlichen Veranstaltungsräumen oder auf befriedeten Grundstücken hat der Veranstalter das Hausrecht und kann es geltend machen. Bei öffentlichen Veranstaltungen muss der Veranstalter es nicht zulassen, dass „Ruhestörer“ die Anwesenden belästigen. Schilder mit der Aufschrift:

„Personen, die der rechtsextremen Szene zugehörig sind, antisemitische, fremdenfeindliche und rechtsextreme Äußerungen tätigen, oder in der Vergangenheit durch fremdenfeindliche und rechtsextreme Straftaten aufgefallen sind, werden durch den Veranstalter kraft seines Hausrechts des Veranstaltungsortes verwiesen.“, bringen die Rechtslage klar zum Ausdruck.

Bis Ruhestörer die Veranstaltung verlassen haben, sollen Helfer im Saal die Verfügungsgewalt über das Mikrofon behalten. Video- oder Tondokumentationen der Veranstaltung sollten nicht ohne Zustimmung zugelassen werden (eventuelle Pressevertreter um Einsichtnahme in ihren Presseausweis bitten). Generell empfiehlt es sich, vor der Veranstaltung eine Sicherheitspartnerschaft mit der örtlichen Polizei abzuschließen.

Freizeitangebote

Gerade in ländlichen Regionen ist es für die rechtsextreme Szene einfach, freizeitorientierte jugendkulturelle Angebote zu unterbreiten, die eine Verankerung in der örtlichen Alltagskultur aufweisen. Dazu zählen Fußballturniere, Konzerte, Aufmärsche und sogenannte Kameradschaftsabende. Dem ist nur sinnvoll entgegenzutreten, wenn Kommune, freie Träger und Kirchen jungen Menschen ein für sie attraktives Alternativangebot unterbreiten können. Vorsicht ist geboten bei Anfragen zur Raumnutzung.

Mitarbeit und Moderation in lokalen Bürgerbündnissen (Runde Tische etc.)

Wenn kommunale Bündnisse entstehen, stellt sich für Kirchengemeinden die Frage nach der Beteiligung. In der Regel ist die Mitarbeit der Kirchen gewünscht und auch sinnvoll.

Eine besondere Rolle der Kirchen kann die Moderation sein.

Was tun nach rechten und rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen?

Jürgen Wollmann und EKM-Pressestelle

Schmähungen, rechte Schmierereien und Symbole an Häuserwänden begegnen uns im Alltag immer wieder. Beleidigungen, Drohungen bis hin zur Androhung körperlicher Gewalt finden sich zunehmend auf Internetplattformen rechter Gruppierungen. Die Opfer der NSU-Mordserie sind nur die Spitze des Eisbergs. Erfahrungen aus der Opferberatung zeigen, wie wichtig es ist, dass die Opfer nicht alleine gelassen werden. Sie brauchen Unterstützung, eindeutige öffentliche Parteinahme und Solidarisierung.



Mediale Übergriffe, insbesondere mit rechtsextremem Hintergrund!

Rechtsextreme nutzen das Internet, um Hass und Gewalt zu verbreiten. Sie schüchtern Menschen, die sich kritisch mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen, ein, verleumden und bedrohen sie.

Sie platzieren rechtsextreme Inhalte auf regionalen und überregionalen Webseiten und in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter. Sie schreiben Kommentare in herkömmlichen Portalen, zum Beispiel der Tagespresse und versenden E-Mails mit provokativen Inhalten.

Da sich die EKM klar gegen Rechtsextremismus positioniert, werden auch kirchenfeindliche Inhalte gepostet. Dadurch sind zunehmend auch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von medialen Angriffen bedroht.

Was tun, wenn sie selbst zur Zielscheibe rechter Internetaktivitäten geworden sind oder Aktivitäten im Netz entdecken?

- Informieren Sie die Ansprechstelle der EKM; diese finden Sie im Internet unter: www.ekmd.de  Themenfelder  Rechtsextremismus.
- Reagieren Sie nicht direkt auf die Aktionen, antworten Sie nicht auf provokative E-Mails, schreiben Sie keine Kommentare auf rechten Seiten.
- Schützen Sie sich selbst, indem Sie Absender von Hass-Mails blockieren (Spam-Filter). Sie sollten, wenn Sie dies belastet, auch nicht jede E-Mail zu Ende lesen.
- Suchen Sie sich professionelle Beratung und Unterstützung. Bei Angriffen mit rechtsradikalem Hintergrund können Sie alle am Ende des Textes genannten Opferberatungen kontaktieren.

Was können Sie tun, wenn Sie von rechter Gewalt betroffen sind?

- Machen Sie eine Anzeige bei der Polizei. Bei einer akuten Bedrohungssituation müssen Sie nicht Ihre Adresse zu den Akten geben. Lesen Sie das Vernehmungsprotokoll genau durch. Achten Sie darauf, dass die Tat, der Tathergang und auch die rechte Tatmotivation genau beschrieben sind.
- Fertigen Sie ein Gedächtnisprotokoll über das Geschehen an.
- Reden Sie mit Angehörigen, Freunden, Bekannten oder Seelsorgerinnen und Seelsorgern über das Erlebte. Verdrängen Sie nicht ihre Angst und die Gefühle, die sich nach dem Erlebnis der Tat einstellen.

- Als Opfer haben Sie Rechte: Sie können sich zur Zeugenvernehmung von einer Person ihres Vertrauens begleiten lassen. Bei Sprachschwierigkeiten haben Sie das Recht auf einen kostenlosen Dolmetscher. Fragen Sie bei der Zeugenvernehmung gezielt nach Ihren Rechten als Opfer. Sie können z.B. Schadenersatzansprüche geltend machen, psychologische Hilfe beanspruchen und unter Umständen als Nebenklägerin bzw. Nebenkläger im Gerichtsverfahren auftreten.
- Suchen Sie sich möglichst frühzeitig professionelle Beratung und Begleitung durch eine Opferberatungsstelle.

Was können Sie als Zeugin oder Zeuge oder Angehöriger tun?

- Schauen Sie nicht weg, wenn Sie einen Angriff bemerken, sondern organisieren Sie Hilfe und stellen Sie sich als Zeuge oder Zeugin zur Verfügung.
- Solidarisieren Sie sich mit den Betroffenen und bieten Sie Unterstützung an.
- Vermeiden Sie Schuldzuweisungen gegenüber den Betroffenen (z.B. „Sie hätten doch mit einem Angriff rechnen können, wenn Sie sich öffentlich gegen Rechts positionieren.“)
- Informieren Sie über die Beratungsangebote für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und stellen Sie bei Bedarf den Kontakt her, indem Sie z.B. mit Einverständnis des oder der Betroffenen deren Telefonnummer oder E-Mail-Adresse übermitteln.
- Melden Sie Angriffe auch zur Dokumentation des Ausmaßes rechter Gewalt bei den Beratungsstellen.

Wo Sie Hilfe bekommen:

THÜRINGEN

ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

www.ezra.de

Telefon 036 202 / 77 13 510

opferberatung@bejm-online.de

SACHSEN-ANHALT

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

www.mobile-opferberatung.de

Anlaufstelle Nord (Salzwedel)

Telefon 039 01 / 306 431

Mobil 0170 / 290 41 12

0175 / 66 38 710

opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Mitte (Magdeburg)

Telefon 0391 / 544 67 10

Mobil 0170 / 294 83 52

0170 / 292 53 61

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Süd (Halle)

Telefon 0345 / 226 71 00

Mobil 0170 / 294 84 13,

0151 / 533 188 24

0175 / 16 22 712

opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten/ Region Anhalt/Bitterfeld/Wittenberg

Telefon 0340 / 66 123 95

opferberatung@datel-dessau.de

www.opferberatung-dessau.de

SACHSEN

Opferberatung RAA Sachsen e.V.

Telefon 0341 / 261 86 47

Mobil 0178 / 516 29 37

opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM
EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔
↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM
EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔
↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM ↔ EKM



EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

LANDESKIRCHENAMT DER EKM, BILDUNGSDEZERNAT

Oberkirchenrätin Martina Klein, Dezernentin

Michaelisstraße 39 | 99084 Erfurt

Telefon 0361 51800240

kirchegegenrechts@ekmd.de